



SOZIALDEMOKRATEN
FÜR EUROPA

18. Juli 1990

292/90

Service der SPD für Presse, Funk, TV.

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60 |

Der Pressesprecher für Europa-Politik
beim SPD-Vorstand, WILLI CARL, teilt mit:

GERD WALTER MDEP fordert Europa-Wahlrecht
für West-Berlins Bürgerinnen und Bürger

Die Europaabgeordneten der SPD haben gefordert, den Bürgerinnen und Bürgern West-Berlins für die nächste Direktwahl zum Europäischen Parlament, das volle Wahlrecht einzuräumen. Ihr Vorsitzender GERD WALTER (Lübeck) stellte am Mittwoch in Bonn fest: "In der neuen politischen Lage gibt es keinen Grund mehr, den Berlinerinnen und Berlinern das Europa-Wahlrecht vorzuenthalten."

WALTER, der auch SPD-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein ist, erklärte, die rechtliche Lage für eine solche gesetzgeberische Initiative sei günstiger als für das Wahlrecht West-Berlins zum Bundestag, das inzwischen nicht mehr bestritten werde. "Die Vorbehalte der Alliierten bei der Übernahme der Römischen Verträge bezogen sich seinerzeit nicht auf den Artikel 138, mit dem allgemeine und unmittelbare Wahlen für das Europäische Parlament begründet wurden. Vielmehr gaben sie in ihrem Schreiben nur Hinweise auf die Rechte der Alliierten und die Sicherheit Berlins. Diese Haltung drückt sich letztlich auch darin aus, daß die Berliner Europaabgeordneten seit eh und je im Europäischen Parlament das volle Stimmrecht haben. Daß sie nicht direkt gewählt wurden, war einzig darin begründet, die Sowjets nicht reizen zu wollen. Zur Normalisierung der Lage in Deutschland gehört deshalb auch, den Berlinern das Europa-Wahlrecht zu geben."